

Zeitschrift: Asiatische Studien : Zeitschrift der Schweizerischen Asiengesellschaft = Études asiatiques : revue de la Société Suisse-Asie

Herausgeber: Schweizerische Asiengesellschaft

Band: 76 (2022)

Heft: 2

Artikel: On missing out on "the real George W. Bush" : die Radikalisierung der Republikaner und die Polarisierung der Politik nach 9/11

Autor: Christ, Birte

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1035021>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Birte Christ*

On missing out on „the real George W. Bush“: Die Radikalisierung der Republikaner und die Polarisierung der Politik nach 9/11

<https://doi.org/10.1515/asia-2022-0024>

Received July 24, 2022; accepted July 24, 2022; published online August 29, 2022

Abstract: This essay imagines the contemporary American political landscape without the terrorist attacks of September 11, 2001 and their consequences in order to gauge the impact of “9/11” on domestic politics. It suggests that the current political polarization among American voters and within the American party system, which ultimately enabled the election of Donald Trump, would not be that extreme had it not been for the Bush administration’s War on Terror at home and abroad. As the essay outlines, the erosion of the justice system, the US’s disregard for international human rights, and the curbing of citizens’ rights that marked the immediate post-9/11 era led directly to the political polarization, even radicalization, that we witness today. Inversely, this essay speculates that had it not been for 9/11, George W. Bush could have been a moderate conservative force, bridging the chasm between the American right and left, and rallying the nation behind the cause of fighting poverty – the “real George W. Bush” might have had a chance, and the United States as well as the Republican party would look different today.

Keywords: 9/11; George W. Bush; political polarization; Republican party; US American party system

„Plötzlich sieht George W. Bush gut aus“, so titelte die FAZ im Januar 2021, als sich die ehemaligen Präsidenten Bill Clinton, George W. Bush und Barack Obama während der virtuellen Feierlichkeiten zu Joe Bidens Amtseinführung gemeinsam gegen Donald Trump, seine Aufrufe zu Gewalt und seine bewusste Spaltung der amerikanischen Gesellschaft positionierten.¹ Nachdem Clinton, Bush und Obama gemeinsam einen Kranz am Grab des unbekannten Soldaten niedergelegt hatten, wandten sie sich in einer Botschaft aus dem Amphitheater in Arlington an das

¹ Steffens 2021.

*Corresponding author: Birte Christ, Department of English, Universität Gießen, Otto-Behaghel-Straße 10 B, 35394 Gießen, Germany, E-mail: birte.christ@anglistik.uni-giessen.de

amerikanische Volk und sagten dem künftigen Präsidenten Joe Biden ihre Unterstützung zu. Dass George W. Bush mit von der Partie war, um dem demokratischen 46. Präsidenten Gottes Segen mit auf den Weg zu geben und den bisherigen republikanischen Amtsinhaber zu kritisieren – auch wenn Trump und insbesondere seine Verantwortung für den Sturm auf das Kapitol am 6. Januar von keinem der drei Redner explizit erwähnt wurden – stand in Kontinuität mit der Tatsache, dass Bush sich bereits im Wahlkampf 2020 gegen Trumps Wiederwahl ausgesprochen und ihn 2016, wie auch seine Frau Laura, sein Bruder Jeb und seine Eltern George und Barbara Bush, nicht gewählt hatte. Im April 2021 verurteilte Bush dann in einem außergewöhnlichen Interview in der *Today Show* auch noch die Republikanische Partei im Ganzen als „isolationistisch, protektionistisch und – zu einem gewissen Anteil – nativistisch“. „Plötzlich“ – nämlich im Vergleich mit Trumps Präsidentschaft und der Republikanischen Partei im Jahr 2021 – „sieht George W. Bush gut aus“.

Um es gleich zu klargestellen: George W. Bush sieht *nicht* gut aus. In diesen Überlegungen zu den Folgen der Anschläge des 11. September 2001 für die amerikanische Gesellschaft geht es nicht darum, nach Ende der Trump-Ära und vor dem durchlebten Hintergrund eines „Es geht immer noch schlimmer“ George W. Bushs katastrophale Politik und seine Fehleinschätzungen nach dem 11. September wohlwollender zu evaluieren. Dies würde bedeuten, sich in dem zu verlieren, was Jonathan Chait in einer Bilanz zu Bushs Leistungen sehr treffend als „the soft bigotry of low expectations“ bezeichnet hat² – ein fast therapeutischer, analytischer Selbstbetrug –, oder sich in Nostalgie zu flüchten: in die Sehnsucht nach einer guten alten Zeit, die es nie gegeben hat, schon gar nicht unter George W. Bush. Bei der Debatte darüber, inwiefern die Anschläge des 11. September die USA und die globale Politik verändert haben mögen und inwiefern daher 9/11 eine Zäsur für Amerika und die Welt bedeute, drehen sich die Überlegungen meist darum, welche danach gefallenen Entscheidungen der Bush-Regierung die (welt-)politischen Koordinaten verschoben haben. Selten geht es darum, was der amerikanischen Politik wegen ihrer in vielerlei Hinsicht durchaus notwendigen Konzentration auf den Schutz des eigenen Landes vor dem islamistischen Terrorismus entgangen ist: um Dynamiken, die wegen des „War on Terror“ nicht geschehen sind, unterbrochen oder in etwas anderes transformiert wurden, aber vor dem 11. September 2001 in der politischen Luft lagen. Eine dieser Dynamiken, so will ich in diesem Beitrag aufzeigen, ist der Kurswechsel des Konservatismus in den USA, für den George W. Bush bei seiner Wahl im November 2000 stand. Dass die Denkfigur „Was wäre gewesen, wenn ...“ in der Literatur über die Folgen des 11. September wenig vorkommt, ist durchaus nachvollziehbar, denn schließlich ist

² Chait 2013.

die politische Analyse kein Ort für kontrafaktische Projektionen – ja, um es mit einem geflügelten Wort der Trump-Administration zu sagen: kein Ort für „alternative facts“. Dennoch möchte ich hier – aus der Sicht der Kulturwissenschaftlerin und in der Freiheit des politischen Essays – dem nachgehen, was nicht war: den verpassten Chancen der Präsidentschaft Bushs und dem George W. Bush, den wir nicht kennengelernt haben.

Bush, so möchte ich weiterhin betonen, sieht heute *nicht* gut aus – oder nur mit einem ausgeprägten „Willen zur Amnesie“, wie ihn Adrian Daub in der ZEIT den Verantwortlichen für die Amtseinführungsfeierlichkeiten im Januar 2021, die Bush konsequent mit einbezogen, attestiert hat.³ George W. Bush, so meine Projektion, *hätte* gut aussehen können – wäre da nicht der 11. September gewesen und damit seine Konzentration auf die Außen- und Sicherheitspolitik. Den Bush, den ich hier skizzieren werde, verstehe ich mit einem Augenzwinkern als „the real George W. Bush“ – und zwar einerseits als den politischen George W. Bush, dessen Nichtauftreten „the real Donald Trump“ erst möglich gemacht hat, und andererseits als eine Denkfigur, die ebenso wenig real oder greifbar ist, wie eine eindeutige Identität oder Form politischer Substanz bei @realDonaldTrump. „The real George W. Bush“ ist eine Spekulation, doch dieser „real George W. Bush“ hätte seiner Präsidentschaft eine völlig andere Richtung geben können, hätte der „War on Terror“ im Innern wie nach außen nicht eine Machtverschiebung hin zu Bushs außenpolitischem, neokonservativen Beraterstab um die Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice nach sich gezogen.

Während aus europäischer und liberaler Sicht die Clinton-Jahre wie ein goldenes Zeitalter wirken mögen, so trat Bush – im Angesicht dessen, was er und eine Vielzahl der Republikaner als eine Ära des moralischen Verfalls Amerikas wahrnahmen – im Jahr 2000 für eine moralische Wende unter dem Schlagwort des „compassionate conservatism“ an. „The real George W. Bush“, den die USA nicht erlebt hat, hätte – so meine Spekulation – zu einer moderateren Neuausrichtung der Republikanischen Partei beitragen können, hätte den Rechtsruck und die Radikalisierung verhindern und damit der jetzigen Spaltung der amerikanischen Gesellschaft und der Washingtoner Politik entgegenwirken können. Während sich Demokraten und Republikaner bei George W. Bushs Amtsantritt über die Mittel der Politik uneinig waren, so teilte man bis dato dennoch das Ziel einer gerechteren Gesellschaft für alle Einwohner Amerikas – ein Ziel, auf das sich zu einigen die beiden Parteien im Jahr 2021 weit entfernt sind.

Doch Bush sieht zunächst einmal nicht gut aus. In seine Präsidentschaft fallen – egal, was danach kam – der schlimmste Terroranschlag der US-amerikanischen

3 Daub 2021.

Geschichte auf amerikanischem Boden; zwei sogenannte „forever wars“ in Afghanistan und Irak; die Manipulation von Geheimdienstergebnissen im Vorfeld des Irakkrieges; die physische, psychische und sexuelle Misshandlung von Gefangenen durch amerikanische Soldatinnen und Soldaten in Abu Ghraib; die Versicherheitlichung der US-amerikanischen Gesellschaft inklusive des Abhörens von Bürgerinnen und Bürgern ohne richterlichen Beschluss; der systematische Einsatz von Foltermethoden und die Verschleppung von sogenannten Terrorverdächtigen an geheime Orte, die „black sites“ der CIA; die Etablierung des Gefangenenlagers in Guantánamo als rechtsfreien Raum; also eine unverhohlene Negierung von Bürger- und Menschenrechten und, in den Worten Philipp Gasserts, ein „gezielter Ausbruch aus der Rechtsstaatlichkeit“;⁴ Hurrikan Katrina; sowie das Platzen der „housing bubble“, die folgende globale Finanzkrise 2008 und ein jährliches Haushaltsdefizit von über einer Billion US Dollar.

Bush kann natürlich oft nicht direkt oder allein für die Ereignisse während seiner Präsidentschaft verantwortlich gemacht werden – insbesondere nicht für die Terroranschläge oder Hurrikan Katrina. Dennoch führten seine Fehleinschätzungen, seine politische Sorglosigkeit und seine naive Beratungsresistenz – jenseits der außenpolitisch höchst einflussreichen Beratung durch die „Vulcans“ um Condoleezza Rice, Richard „Dick“ Cheney, Donald Rumsfeld, Colin Powell, Richard Armitage und Paul Wolfowitz⁵ – zu einer mangelnden Vorbereitung auf sich anbahnende Krisen, zu einer Aushöhlung rechtsstaatlicher Institutionen in den USA und zu arroganter Indifferenz gegenüber internationalen Vereinbarungen wie beispielsweise dem Genfer Abkommen oder der Antifolterkonvention der UNO. Es wurde viel darüber spekuliert, ob die Anschläge des 11. September hätten verhindert werden können; sicher aber ist, dass Bush im August 2001 von der CIA gewarnt wurde, dass Osama bin Laden plane, die USA anzugreifen, und zwar möglicherweise mit Flugzeugen, und dass Bush auf diese und andere Warnungen nicht mit Maßnahmen reagierte, sondern – wie Kommentatoren beißend behaupteten – einfach weiter seinen Pickup-Truck auf seiner texanischen Ranch herumfuhr. Ähnlich reagierte Bush auf die drohende und dann, nach dem Überlaufen der Dämme, einsetzende Überflutung von New Orleans – nämlich zunächst gar nicht, und dann langsam, wobei die Koordination der Hilfsmaßnahmen durch

⁴ Gassert 2021, 74.

⁵ In den deutschen Medien wurden die Sicherheitsberater um George W. Bush oft als „Falken“ beschrieben, um auf ihre Kriegsbereitschaft zu verweisen. In der politikwissenschaftlichen Literatur insbesondere in den USA ist, wenn überhaupt ein Sammelbegriff gewählt wird, meist von den „Vulcans“ die Rede. Diesen Spitznamen hatten sich Rice, Cheney, Powell, Armitage und Wolfowitz während Bushs Wahlkampf im Jahr 2000 gegeben; er bezog sich zunächst auf eine gigantische Statue des römischen Gottes Vulcanus in Rices Geburtsstadt Birmingham, Alabama, nach der sich die Gruppe benannte. Siehe Mann 2004.

die Federal Emergency Management Agency (FEMA) chaotisch war, es mit anderen Worten an Vorbereitung auf eine reale Katastrophe dieses Ausmaßes mangelte, und außerdem politisches Taktieren vor dem Retten von Menschenleben stand. In Zusammenhängen wie diesen bescheinigen Analysten George W. Bush meines Erachtens zu Recht politische und auch moralische Inkompetenz. Ähnliches zeigt sich in Bezug auf Bushs Wirtschafts- und Finanzpolitik: zwar hatte Bush nicht nur den Haushaltsüberschuss, sondern auch die labile Blase der New Economy aus den Clinton-Jahren geerbt, aber seine Krediterleichterungs- und Angebotspolitik sowie wenig nachhaltige Steuersenkungen angesichts teurer Kriege trugen nichts dazu bei, Finanzwelt und Haushalt zu stabilisieren – und führten direkt in die Wirtschaftskrise 2008 sowie in ein horrendes nationales Defizit.

Und Bush sieht eben auch nicht gut aus, was seinen Beitrag zur Polarisierung der amerikanischen politischen Landschaft angeht – auch wenn „the real George W. Bush“ in dieser Hinsicht ein anderer hätte sein können. De facto haben die Folgen des 11. September die Parteien und die Gesellschaft in eine noch dramatischere Polarisierung geführt, als sie dem Zwei-Parteien-System ohnehin immanent ist, und Bushs Politik in Reaktion auf die Anschläge ist es letztlich, die die Wahl Donald Trumps möglich gemacht hat. Spencer Ackerman zeigt dies eindrücklich in seinem Buch von 2021, *Reign of Terror: How the 9/11 Era Destabilized America and Produced Trump*. Ich möchte hier Ackermans Argumente referieren, denn sie machen deutlich, dass die Radikalisierung der Republikaner aus der Politik der Bush-Regierung in Reaktion auf die Anschläge des 11. September hervorging – und wenig mit der Richtung zu tun hatte, die „the real George W. Bush“ seiner Partei hätte geben können.

Dass die Wahl Trumps und seine Präsidentschaft einen verschärften Ausnahmezustand der US-amerikanischen Politik darstellt, in der sich Demokraten und Republikaner so unversöhnlich wie nie zuvor gegenüberstehen, steht außer Frage: Trump missachtete rechtsstaatliche Grundsätze, begab sich in außenpolitischen Isolationismus, bediente offen den rechten Rand des politischen Spektrums und forderte zu rechter Gewalt auf. Dieser Paradigmenwechsel im Weißen Haus und damit die Spaltung der amerikanischen Politik kann als direktes Resultat des „War on Terror“ gesehen werden, und zwar in drei Punkten: der „War on Terror“ hat Rassismus und Hetze gegen Einwanderer nicht nur salonfähig, sondern zur Grundlage politischen Handelns gemacht; er hat rechtsstaatliche Normen erodiert; die Nicht-Erfolge in Afghanistan und Irak haben die konservative populistische Verachtung für das politische Establishment und die Eliten weiter verhärtet.

Rassismus und Hetze gegen Einwanderer, Islamophobie, Anti-Immigrationspolitik und weißer Nationalismus – mit anderen Worten: „white supremacism“ – sind zentraler Bestandteil von Trumps Agenda unter dem Stichwort „Make America Great Again“. Zu dieser menschenverachtenden Politik gehört

Trumps zentrales Wahlversprechen, eine Mauer zu Mexiko zu bauen ebenso wie der sogenannte „Muslim Travel Ban“ von 2017, mit dem Trump Menschen aus einer Vielzahl von muslimischen Ländern die Einreise verweigerte und diese insbesondere syrischen Flüchtlingen mit dem Hinweis auf eine vage formulierte Terrorgefahr verbot. Trump ist es gelungen, Muslime und Nicht-Weiße konsequent zu kriminalisieren und als feindliche Ausländer darzustellen. Im Zusammenhang mit diesen politischen Maßnahmen fiel zwar nie ein Verweis auf 9/11, aber die ungehemmte Ausbreitung der Islamophobie und des Nationalismus lässt sich laut Ackerman auf das Agieren ebenso wie auf die politische Kommunikation und Rhetorik der Bush-Regierung zurückführen.

Die Bush-Regierung hat in der Reaktion auf 9/11 nie einen eindeutigen politischen Gegner identifiziert. Bush und sein Beraterstab sprachen nie spezifisch nur von al-Qaida als Urheberin der Anschläge. Zwar war Bush einerseits rhetorisch bemüht, Muslime im eigenen Land und den Islam im Ganzen nicht zu dämonisieren, und seine Worte an die Nation vom 20. September 2001, in der er vom Islam als einer Religion des Friedens spricht, die von Millionen von Amerikanern praktiziert werde, nehmen sich aus heutiger Sicht in der Tat wie Worte aus einem anderen Amerika aus und erklären die partielle öffentliche Rehabilitierung George W. Bushs im Angesicht Donald Trumps. Andererseits sprach Bush aber von einem „Kreuzzug“ gegen den Terrorismus und schlug einen zunehmend messianischen Ton an. Er nährte damit – und die Frage ist immer: unfreiwillig oder strategisch? – die Opposition von Christentum und Islam, von Weißen und Nicht-Weißen, und er tat es vor allem dadurch, dass er sich nicht auf den klaren terroristischen Gegner, die *eine* Organisation festlegte. Das Ergebnis, so Ackerman, war eine vage und gleichzeitig ungeheuer breite Definition des Feindes im Krieg gegen den Terror: die Muslime. Man kann zwei Erklärungen dafür finden, warum die Bush-Administration einen *allgemeinen* „War on Terror“ ausrief, der die Islamophobie anfachte, statt einen klar fokussierten gegen al-Qaida: die eine ist, dass man den möglichen politischen Nutzen der Anschläge erkannte und sich die Möglichkeit militärischer Intervention wie zum Beispiel im Irak – wie sie zwei Jahre später erfolgte – offen halten wollte, denn ohne 9/11 hätte es ganz sicher keine so geschlossene Mehrheit für den Irakkrieg gegeben; die andere ist – und ich glaube, sie ist nicht minder zutreffend –, dass die USA auch mehr als ein Jahrzehnt nach Ende des Kalten Krieges ihre Rolle in der Weltgemeinschaft nicht klar definiert hatten. Es war Bush zunächst unklar, ob es allein darum gehen würde, die Sicherheit der USA zu gewährleisten, zum Beispiel eben durch die Zerstörung einer terroristischen Vereinigung, oder ob die USA bereit wären, gewaltsam, ja imperialistisch, Machtwechsel in anderen Staaten herbeiführen, wo es ihren längerfristigen Interessen – durchaus auch im Sinne einer Prävention von Extremismus und Terrorismus – entgegenkäme. Ebenso unklar war, welche Rolle das

Missionarische der US-amerikanischen Ideologie spielen würde: Würden die USA nach dem Zerfall der Sowjetunion weiterhin versuchen, die Welt nach ihren liberalen Ideen zu gestalten – und damit meine ich nicht nur wirtschaftliche Ideen, sondern tatsächlich die aufklärerische Idee von „liberty“ im Sinne der Freiheit und Selbstbestimmtheit des Individuums?

Wie Islamophobie, Rassismus und Anti-Einwanderungsrhetorik in der Ära Bush nach dem 11. September zusammengeführt wurden, zeigt die Frage um die Religion und die Herkunft Barack Obamas während der Präsidentschaftswahl 2008: Sarah Palin, John McCains Kandidatin für das Vizepräsidentenamt, behauptete damals wiederholt, Obama sei Moslem, und Donald Trump befeuerte zu dieser Zeit diese Behauptungen. John McCain hingegen erntete im Wahlkampf viel Lob dafür, dass er Obama verteidigte. Bei einer Wahlkampfveranstaltung sagte eine Teilnehmerin zu McCain: „Ich kann Obama nicht vertrauen. Er ist ein Araber“, und McCain konterte: „Nein, ist er nicht. Er ist ein anständiger Familienvater, ein Bürger, mit dem ich mir schlicht über einige fundamentale politische Themen nicht einig bin.“ Was man an diesem Austausch von 2008 bereits sieht, ist nicht nur die komplette Überschneidung von Religion und Herkunft, sondern die Dämonisierung des Islam im politischen Mainstream. So wohlwollend McCains Aussage gegenüber Obama war, so schließt sie gleichzeitig aus, dass ein „Araber“ ein anständiger Familienvater oder US-Bürger sein könne. Zur gleichen Zeit verknüpft auch das „birther movement“, dessen zentrales Sprachrohr damals wiederum Donald Trump ist, Religion, Herkunft und Migration. Muslime und Araber sind in der öffentlichen Vorstellung keine US-Bürger mehr, sondern Einwanderer und Eindringlinge von außen. Die Birthers behaupteten, Obama sei ein in Kenia geborener Muslim – und habe sich damit das Präsidentenamt unrechtmäßig angeeignet. Einwanderung wird somit mit einer feindlichen Übernahme, einer Invasion gleichgesetzt – und Obama sah sich auf dem Höhepunkt der Verleumdungskampagne 2011 sogar gezwungen, seine Geburtsurkunde zu veröffentlichen, aus der hervorging, dass er auf Hawaii geboren wurde, um die Vorwürfe abzuwenden. Dieses prominente Beispiel zeigt, dass im konservativen Mainstream wenige Jahre nach dem 11. September nicht-christliche Religion und Herkunft in eins und als Invasion gedacht, dämonisiert und kriminalisiert werden.

Die Radikalisierung der Republikaner hin zu einer Partei, die Menschenrechte im eigenen Land wie global mit Füßen tritt und diese allenfalls weißen Amerikanerinnen und Amerikanern zubilligt, wurde ebenso durch Bushs Politik nach dem 11. September vorangetrieben und legitimiert. Trumps Ausscheren aus der rechtsstaatlichen Ordnung wurde für eine Mehrheit von Amerikanern tragbar, weil dies im „War on Terror“ im Namen nationaler Sicherheit bereits geschehen war und denkbar wurde. Die damalige umfassende Versicherunglichung brachte eine Einschränkung von Freiheits- und Menschenrechten auf allen Ebenen mit sich. Im

Zuge des „War on Terror“ wurden die Anwendung von Folter und unmenschliche Haftbedingungen nahezu zum Normalfall. Das entsprechende CIA-Protokoll sprach von sogenannten „enhanced interrogation techniques“ – von „waterboarding“, Elektroschocks, sexueller Gewalt oder Schlafentzug – immer mit der Begründung, durch Folter wichtige Informationen zur Terrorprävention zu erhalten. Folter wurde möglich an Orten, die außerhalb des rechtsstaatlichen Zugriffs lagen. So wurde bekannt, dass die CIA geheime Gefängnisse außerhalb der USA unterhält, die sogenannten „black sites“; in Guantánamo Bay Prison war Folter an der Tagesordnung. Folter erfährt damit eine Normalisierung und scheint legitim, wie auch die verheerenden Übergriffe von Soldatinnen und Soldaten im Abu-Ghraib-Gefängnis im Irak 2004 zeigten. Insbesondere Guantánamo steht für die Aushöhlung des Rechtsstaates. In Guantánamo waren seit 2001 fast 800 Menschen inhaftiert, und noch heute befinden sich dort über 40 Gefangene, die seit zwei Jahrzehnten festgehalten werden – ohne Anklage, ohne Prozess, und lange Zeit ohne rechtlichen Beistand. *Habeas corpus* ist für die sogenannten „enemy combatants“, die feindlichen Krieger, in Guantánamo ausgesetzt worden. Während diese Freiheitseinschränkungen vermeintliche Terroristen betrafen, wurde die gesamte amerikanische Bevölkerung versichert: der PATRIOT Act ermöglichte und ermöglicht heute unter dem Namen USA Freedom Act die Überwachung der gesamten Kommunikation amerikanischer Bürgerinnen und Bürger – ohne Verdacht und richterliche Anordnung. Dass die NSA auch weltweit überwachte und Daten speicherte, wurde dann 2013 durch Edward Snowden aufgedeckt. Die Möglichkeiten für Missbrauch sind unvorstellbar.

Was man beobachten kann, ist eine direkte Linie von den Menschenrechtsverletzungen in den „black sites“ der CIA und Guantánamo und auch den willkürlichen Verhaftungen vermeintlicher Terroristen hin zu einer verschärften Einwanderungspolitik von Bush über Obama bis zur „Null-Toleranz“-Politik unter Trump: insbesondere im Sommer 2018, als Flüchtlingsströme aus Zentralamerika die USA über Mexiko erreichten, wurden Einwanderer zu Tausenden in menschenunwürdiger Weise in Käfigen eingesperrt, zum Teil unter Bedingungen wie Eiseskälte, die der Folter gleichkamen; ebenso viele wurden gewaltsam deportiert; die Familientrennungen an der Grenze, die unter Trump durchgeführt wurden, sowie der mangelnde Schutz für Minderjährige traten ebenso jedes Menschenrecht mit Füßen; der „Muslim Travel Ban“ – der speziell Muslime aussondert mit dem Hinweis auf eine terroristische Gefährdungslage – ist natürlich sowieso ohne den „War on Terror“ nicht denkbar.

Bushs Präsidentschaft bereitete ebenso den Boden für die immer größere Ablehnung politischer Eliten in der republikanischen Wählerschaft. Ein wichtiger Motor für die Wahl Trumps und die Legitimation seiner Politik war sein Status als „Außenseiter“ des politischen Establishments. Die vermeintliche Unfähigkeit

politischer Eliten prangerte Trump dann insbesondere in Bezug auf das eklatante Versagen der USA an, auf die Anschläge des 11. September angemessen zu reagieren und Irak und Afghanistan dauerhaft zu befrieden – und in diesem Zusammenhang mag man Trump und seinen Beratern ausnahmsweise einmal zugestehen, die politische Lage unverzerrt gesehen zu haben. Interessanterweise erlaubte ihm 2016 der unklare Ausgang der Konflikte eine doppelte Strategie: Einerseits gewann Trump die Wahl mit dem Versprechen, die sogenannten „forever wars“ zu beenden. Dies war nach Maßgabe einiger Meinungsforschungsinstitute ausschlaggebend für Trumps Erfolg in den „swing states“, die letztlich an die Republikaner gingen, denn in diesen Staaten sind ein Fünftel mehr Bürgerinnen und Bürger Mitglieder des Militärs als in anderen Staaten. Hier wurden die menschlichen Kosten der Kriege mit fast 7.000 gefallenen Soldaten und mit insgesamt über 50.000 Schwerverletzten unverhältnismäßig stark getragen, und das Interesse an einem Ende der Kriege war hier besonders hoch. Gleichzeitig ist in den Familien von Militärangehörigen der Glaube an die Bedeutung und auch die Sinnhaftigkeit militärischer Gewalt und militärischer Siege hoch, und Trump gelang es deshalb gleichzeitig, mit einem militaristischen Duktus und dem Habitus des starken Mannes zu punkten. Er nährte den Wunsch nach amerikanischen Siegen, wie zum Beispiel in seiner Rede zur Kandidatur, und verkündete im Wahlkampf: „I’ll bomb the hell out of the terrorists“ – er konnte behaupten, es als Außenseiter besser zu machen.

Zur Polarisierung der politischen Landschaft, die mit der Wahl Trumps auf die Spitze getrieben wurde, ist dreierlei zu beobachten: erstens vollzog sie sich im Kontext der Fragmentierung des öffentlichen, medialen Diskurses. Eine zentrale Rolle spielen hier die viel diskutierten Verschwörungstheorien, die insbesondere ab 2003 im rechten Spektrum zu finden sind, und ihre Verbreitung in den sogenannten „Echokammern“ der sozialen Medien. Zweitens ist die Polarisierung der Gesellschaft im Zweiparteiensystem der USA angetrieben von der Radikalisierung der Grand Old Party, nicht jedoch von einer originären Radikalisierung der Demokraten. Drittens wird die Polarisierung befördert durch ein Erstarken der Alt-Right, denn es gibt starke Überschneidungen zwischen Teilen der Alt-Right und den radikalisierten Republikanern, die insbesondere Trump bediente. Das Aufbegehren auf beiden Seiten des politischen Spektrums, wie wir es in der Black-Lives-Matter-Bewegung oder den Women’s Marches auf der einen und beim Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 auf der anderen Seite gesehen haben, sind in diesem Sinne fast undenkbar ohne den „War on Terror“ in den vergangenen zwanzig Jahren. Diese öffentlichen, lautstarken Bekundungen von links und rechts und ihre Friedlichkeit oder Gewaltbereitschaft möchte ich hier nicht über einen Kamm scheren; außerdem darf nicht vergessen werden, dass die Proteste und Forderungen auf der Linken als Antwort auf konservative Politiken in Folge

der Radikalisierung der Republikaner zu sehen sind, wie etwa verstärktes „racial profiling“ in der Strafverfolgung oder der Versuch, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch schrittweise zurückzunehmen. Dennoch sind die Protestbewegungen von beiden Seiten des politischen Spektrums Symptome eklatant auseinanderklaffender Werte in der amerikanischen Gesellschaft, unter denen Konsens schwierig wird.

„The real George W. Bush“ hätte nach dem bereits mehr als einem Jahrzehnt währenden „Ende der Geschichte“, das aus Sicht der Konservativen auch zu einem Niedergang moralischer Anstrengungen in der Linken führte, zu einer Kraft der Mäßigung in der Republikanischen Partei werden können und der sich immer weiter vertiefenden Spaltung des Landes vielleicht entgegenwirken können. Die folgenschwere Radikalisierung des amerikanischen Konservatismus und der Republikanischen Partei nach dem 11. September, die stattdessen einsetzte, kommt jedoch nicht von ungefähr. Sie führt eine Dynamik der Neuausrichtung der Republikanischen Partei fort, die schon seit den 1960er Jahren im Gange war und zunächst in den Neokonservatismus der 1990er Jahre mündete. Als sich die Republikanische Partei in den 1960er Jahren zu erneuern beginnt, begreift sie sich als notwendige konservative Bewegung auf zweierlei Weise. Erstens gibt es eine Bewegung rund um Barry Goldwater. Goldwater richtet sich gegen die Politik des New Deal der 30er und 40er Jahre, die er unter Kennedy und Johnson fortgesetzt sieht. Er wendet sich also gegen wirtschaftliche Regulierung durch den Staat und staatliche Investitionen, gegen „big government“ und für einen extrem schlanken Staat. Goldwater, dessen Wahlkampf damals zum Beispiel auch Hillary Clinton unterstützte, war andererseits aber sozial extrem libertär eingestellt. Er war zum Beispiel Mitglied der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) und Befürworter des Civil Rights Movement. Zweitens aber fand in der Republikanischen Partei ein Backlash gegen das Civil Rights Movement und die Rechte Schwarzer Amerikanerinnen und Amerikaner statt. In der sogenannten Southern Strategy versuchte die Republikanische Partei, die Südstaaten für sich zu gewinnen, und zwar über Wählerinnen und Wähler, die den *status quo ante* der Rassentrennung im sogenannten Jim-Crow-Systems gerne erhalten hätten. Das geschah durch ein politisches Programm, das „law and order“, die Autonomie der Einzelstaaten und soziale Fragen in den Vordergrund stellte. Hört sich dieses Programm zunächst nicht explizit rassistisch an, so stärkte es dennoch einen weißen Nationalismus unter anderem Namen. Es kodierte rassistische Ansprüche weißer Südstaatler in Forderungen, die zunächst wenig angreifbar waren. „Law and order“, also expandierte Polizeigewalt, richtete sich hauptsächlich gegen Schwarze; ebenso schadete der Abbau des Wohlfahrtsstaates und Steuersenkungen überproportional Schwarzen Amerikanern. Wichtig waren auch die sozialen Fragen, die die Southern Strategy in den Vordergrund stellte, also der

soziale Konservatismus. Dabei geht es neben Fragen wie der Todesstrafe, die überproportional Schwarze im Süden trifft, vor allem um die Fragen der Gleichberechtigung der Frau – um Rechte in der Ehe, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, das 1973 vom Supreme Court bestätigt wurde und im Jahr 2022 zu kippen droht, sowie um sexuelle Selbstbestimmung. In der Southern Strategy ging es, mit anderen Worten, um die Themen der „culture wars“. Während sich die Neuausrichtung der Republikanischen Partei also einerseits aus einem Backlash gegen das Civil Rights Movement und Rechte der schwarzen Bevölkerung speist, so speist sie sich ebenso aus einem Backlash gegen die Frauenbewegung. Weißer Nationalismus, der Teil des republikanischen Programms wird, ist grundsätzlich nicht nur rassistisch, sondern auch sexistisch, und denkt die weiße Nation immer als Patriarchat. Die fiskal- und sozialkonservativen Ideen und ihre rassistische Unterfütterung, die ihren Ursprung in den 1960er Jahren haben, kommen in der Reagan-Revolution der 1980er Jahre zur vollen Blüte. Insbesondere der wirtschaftsliberalen Ideologie der Konservativen helfen nach 1980 auch die Koch-Brüder und ihre ultrareichen Mitstreiter zu weiter Verbreitung, unter anderem durch die Finanzierung von Think-Tanks oder die Einrichtung von Universitäts-Lehrstühlen für gleichgesinnte Wirtschaftswissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie durch flächendeckende Wahlkampffinanzierung für wirtschaftsliberale republikanische Kandidatinnen und Kandidaten. In Folge von Bushs Präsidentschaft werden wirtschaftliche wie soziale Ideen im Tea Party Movement noch radikalisiert.

Die Tea-Party-Bewegung entsteht 2009 in Reaktion auf die „bail out“-Politik der Obama-Regierung nach der Finanzkrise 2008. Zunächst scheint also der Erfolg der Tea Party wenig mit Bushs Politik nach dem 11. September und mehr mit der Finanzkrise zu tun zu haben. Der Parteiname „Tea Party“ bezieht sich nicht nur auf die historische Tea Party von 1773, in der es auch um Steuergerechtigkeit ging – damals im Teehandel –, sondern steht auch für „taxed enough already“, das heißt für den Protest gegen Steuererhöhungen und „big government“. Wegen dieses Gründungsmomentes wurde die Tea-Party-Bewegung oft als rein wirtschaftsliberal und als eine Bewegung der Rückkehr zum Konservatismus und anti-Statismus Goldwaters gesehen. Dies mag der initiale Motor für die Gründung der Bewegung gewesen sein, jedoch wurde bald deutlich, dass neben dem fiskalischen Konservatismus zentrale Standbeine des Tea Party Movement auch ein sozialer Konservatismus, also eine traditionelle Geschlechterordnung, und „racial conservatism“, also rassistische Grundüberzeugungen sind.

Die Tea-„Party“ ist nun eben keine Partei, sondern eine Grassroots-Bewegung, und es stellt sich die Frage, ob und inwiefern die Tea Party tatsächlich Einfluss auf die Republikanische Partei genommen hat. Es lässt sich zeigen, dass sich ab 2010 Mitglieder des Tea Party Movement strategisch um offene Sitze im

Repräsentantenhaus wie im Senat bewarben – und diese vielfach gewannen. Zwischen 2010 und 2016 schoss der Tea-Party-Anteil an republikanischen Mandatsträgern in die Höhe. Damit bringt die Tea Party nicht nur Fiskalkonservatismus, sondern auch weißen Nationalismus in Haus und Senat, die beiden Kammern des U.S.-Kongresses. Dieser schließt an den Rassismus der Southern Strategy an und wird seitdem schon immer von der Republikanischen Partei mitbedient; nach dem 11. September wird er aber noch befeuert durch die spezifische Form des Rassismus, der Muslime, Einwanderer und Schwarze in eins setzt und kriminalisiert. Dies ist eine Weise, in der die Tea Party das Gesicht der Republikanischen Partei veränderte. Die andere Weise, in der die Tea Party die politische Kultur nachhaltig prägte, war, dass sich gerade diese neuen Mandatsträger der sozialen Medien bereits auf eine solche Art bedienten wie später Präsident Trump. „Hate speech“ und das, was Kommentatoren eine „politics of resentment“ genannt haben – eine Rhetorik der Missgunst und des persönlichen Angriffs politischer Gegner – hielt mit der Tea Party Einzug in den politischen Alltag. Die Tea Party normalisierte so eine Politik der Verunglimpfung und des Hasses über soziale Medien, die von großen Teilen der Wählerschaft, als Trump 2015 auf den Plan tritt, schon für eine angemessene politische Kommunikation, ja eben für „normal“ gehalten wird.

In der gleichen Zeit kommt es zu einer parallelen Entwicklung am rechten Rand, nämlich dem Erstarken der Alt-Right-Bewegung. Diese ist einerseits nicht gleichzusetzen mit der Radikalisierung des Konservatismus, wurde andererseits aber von Trump für sich genutzt. Die Alt-Right umfasst eine Wähler- und Gefolgschaft, die Trump direkt und indirekt hofierte und die zu seinem Wahlerfolg beitrug, wie auch zum Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021. Bei der „Alternative Right“ handelt es sich tatsächlich um eine andere Rechte, euphemistisch gesprochen eben um eine „Alternative“ – eine Alternative zum demokratischen System. Mitglieder der Alt-Right interessieren sich wenig für die zentralen konservativen Themen wie Wirtschaftsliberalismus oder Konservatismus in sozialen Fragen. Sie scheren bewusst aus der demokratischen Ordnung aus und sehen die Republikanische Partei – korrekterweise – als Teil des demokratischen Systems und somit als Problem, nicht als mögliche Verbündete. Die Ausnahme markiert dabei Donald Trump, der zwar für die Republikanische Partei kandidierte, aber sich nicht nur explizit als Außenseiter inszenierte, sondern in Bezug auf das politische Washington tatsächlich auch einer war. Trump gelang es einerseits, trotz seines Außenseiterstatus typische republikanische Wähler hinter sich zu vereinen, die aufgrund der Polarisierung und damit Verhärtung der Fronten niemals dazu hätten beitragen wollen, dass die Nation erneut in die Hand der Demokraten fällt, und dazu noch in die Hände einer Frau – selbst wenn sie Trump als Person ablehnten. Andererseits konnte er wegen seines Außenseiterstatus

Stimmen der Alt-Right hinter sich vereinen. Deren Aufstieg ist natürlich auch eng verknüpft mit alternativen Wissensformen, „fake facts“ und Verschwörungstheorien – und damit einmal mehr mit den Folgen des 11. September und insbesondere dem Krieg im Irak.

Der andere Weg, den die Republikanische Partei hätte nehmen können, wäre da nicht der 11. September gewesen, hätte der des „real George W. Bush“ sein können. George W. Bush trat im Jahr 2000 mit der Vision eines „compassionate conservatism“ an, eine Vision, an die sich ein umfassender Plan zur Armutsbekämpfung knüpfte. Noch als Gouverneur von Texas schrieb Bush ein Vorwort zu *Compassionate Conservatism*, dem zentralen Leitfaden für einen neuen mitfühlenden Konservatismus von Marvin Olasky,⁶ und formulierte darin seine Definition dessen, was dieser leisten müsse:

„We are a wealthy country, but we have too many needy citizens. There are still too many for whom the American dream is distant. Compassionate conservatism is a conservatism that cares about them, and makes a concerted effort to help them bring lasting change into their lives.”⁷

In seiner Rede zur Amtseinführung am 20. Januar 2001 stellte Bush dann das Leitbild des „compassionate conservatism“ ins Zentrum seiner Politik und skizzierte dabei auch, wie diese Politik sich einerseits zur Rolle des Staates und andererseits zur Rolle der Zivilgesellschaft und des Individuums verhalte:

America, at its best, is compassionate. In the quiet of American conscience, we know that deep, persistent poverty is unworthy of our nation's promise. [...] Government has great responsibilities for public safety and public health, for civil rights and common schools. Yet compassion is the work of a nation, not just a government. And some needs and hurts are so deep they will only respond to a mentor's touch or a pastor's prayer. Church and charity, synagogue and mosque lend our communities their humanity, and they will have an honored place in our plans and in our laws. Many in our country do not know the pain of poverty, but we can listen to those who do. And I can pledge our nation to a goal: When we see that wounded traveler on the road to Jericho, we will not pass to the other side. America, at its best, is a place where personal responsibility is valued and expected.⁸

Was selbst in dieser Rede zur Amtseinführung deutlich wird, ist Bushs Überzeugung, dass einerseits staatliche Investitionen allein – also „big government“ – die Armut im Land unter seinen Vorgängern im Präsidentenamt nicht effektiv bekämpfen konnten und auch nicht können werden. Andererseits aber zeigt sich auch, dass Bush kein „limited government“ eines Barry Goldwater

⁶ Olasky 2000.

⁷ Bush 2000, xi.

⁸ Bush 2001.

vorsieht. Außerdem weist Bush religiösen Gemeinschaften – und hier explizit den drei großen Weltreligionen – einen besonderen Platz im Staat zu und kündigt damit eine geplante Reform an, die „faith-based initiatives“ in der Vergabe staatlicher Gelder nicht mehr gegenüber säkularen Organisationen diskriminiert. „Compassionate conservatives“ teilen die Überzeugung, dass lokale und religiöse Organisationen und Einrichtungen am besten geeignet sind, um Armut entgegenzuwirken, Individuen materiell wie spirituell-ideologisch zu unterstützen und sie zur Selbsthilfe anzuleiten. Der Bürokratie des Wohlfahrtsstaates, die ihn in den Augen der meisten Republikaner ineffizient macht, sollte dadurch entgegengetreten werden, dass in Fragen der Armutsbekämpfung lokale Akteure die erste Verantwortlichkeit tragen und erst danach munizipale, einzelstaatliche und föderale Institutionen greifen.

Zentrale Vorhaben Bushs unter dem Banner des „compassionate conservatism“ waren die Verbesserung der Schulen und gleiche Bildungschancen für alle Kinder, eine Reform des Gesundheitssystems, besondere Hilfsmaßnahmen für Hispanics und Schwarze Amerikaner zum Erwerb von Wohneigentum, die Reduzierung der Obdachlosigkeit oder die Senkung der Rückfallquoten kriminell gewordener Menschen. Einige Vorhaben konnte Bush umsetzen – wie zum Beispiel die Bildungsreform durch den No Child Left Behind Act, die Reduzierung von Obdachlosigkeit durch den aus einer konservativen Perspektive radikalen Ansatz des „Home First“ oder die Übernahme von Kosten für rezeptpflichtige Medikamente im Rahmen von Medicare. Andere Projekte rückten in Folge der militärischen Anstrengungen nach außen und der Versicherheitlichung im Inneren in den Hintergrund. Bush verband seine Vorstellung eines „compassionate conservatism“ zudem mit einer pragmatischen Einwanderungspolitik, die Einwanderer nicht pauschal kriminalisierte. Im Gegenteil, Bush versuchte 2007, im Comprehensive Immigration Reform Act 12 Millionen illegale Einwanderer zu legalisieren und ein Gastarbeiterprogramm aufzulegen, gleichzeitig aber sehr wohl die Sicherung der Grenze zu Mexiko zu verschärfen. Er scheiterte dabei am Widerstand seiner eigenen Partei in Haus und Senat.

Aus einer säkularen Position heraus mag einem Bushs Privilegierung der Religion und ihrer Institutionen – sei sie auch noch so pluralistisch angelegt – sowie seine christlich-messianische Rhetorik aufstoßen. Aus der deutschen Perspektive jedoch, die eine allenfalls unscharfe Trennung von Staat und Kirchen gewohnt ist, muss der Gedanke, dass der Staat Krankenhäuser, Obdachlosenunterkünfte oder Rehabilitationsprogramme religiöser Träger fördern könnte, vielleicht nicht gar zu sehr erschrecken – auch wenn das Koalitionsprogramm der gegenwärtigen Regierung eine Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen und eine stärkere Trennung von Staat und Kirche vorsieht.

Bushs (geplante) Reformen kann man aber aus mindestens zwei anderen Perspektiven vielleicht noch fundamentaler kritisieren. Beide Perspektiven begreifen den christlich-moralischen Impetus des „compassionate conservatism“ als rein instrumental und stellen damit seine Authentizität – und damit auch die Redlichkeit der politischen Programme – in Frage. Zum einen lässt sich über die Reformen sagen, dass sie zwar nach Aussagen der Bush-Regierung dazu dienen sollen, die Ungleichheit im Land zu bekämpfen, *de facto* aber noch zu einer Verschärfung der Ungleichheit, insbesondere in Bezug auf die Benachteiligung Schwarzer Amerikaner, beitragen. Eine solche Kritik wurde beispielsweise am Instrument der „school vouchers“ des No Child Left Behind Act laut, welches eine Wahlmöglichkeit in Bezug auf Bildungseinrichtungen vor allem denjenigen einräumte, die sowieso schon privilegiert und geographisch mobil seien. Die Übertragung von Verantwortung auf lokale Akteure wie die „faith-based initiatives“ und die Einzelstaaten kann als eine Dynamik verstanden werden, wie sie die Southern Strategy der Republikaner vorsah: nämlich als einen praktisch-gouvernemental begründeten Schritt, der in Wirklichkeit aber Schwarze der rassistischen Willkür lokaler wie (süd)staatlicher Akteure ausliefert und damit die „racial conservatives“ in der Partei bedient. Zweitens ließe sich argumentieren, dass sowohl Bushs Einwanderungspolitik wie auch seine Politik der Armutsbekämpfung – bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung republikanischer Kernziele wie Steuersenkungen und Verschlankung des Staates – allein der Ausweitung der republikanischen Wählerschaft insbesondere unter Schwarzen wie Amerikanern hispanischer Herkunft diene.

Insbesondere in Bezug auf Bushs geplante Einwanderungsreform lässt sich sagen, dass sich die Basis der republikanischen Partei bereits 2007 – angefacht durch Bushs eigene xenophobische Rhetorik in der Folge des 11. September – ein solch rassistisches Weltbild zu eigen gemacht hatte, dass die Partei-Elite um Bush mit dieser Reform, die die Vormachtstellung der Republikaner durch Zugewinn hispanischer Wähler hätte zementieren können, keinen Erfolg hatte. Und insgesamt erscheint es ein tragisches Paradox, dass die konservative Revolution und die Forderungen nach einer moralischen Wende, die George W. Bush ins Amt brachten, solchen konservativen Positionen Gewicht gaben, denen Bush *zu* „compassionate“ war und die in ihm keinen wahren Konservativen sahen, da er dem Staat eine Rolle bei der Herstellung von Chancengleichheit in der Gesellschaft zugedachte.

Wie auch immer man die faktische Politik George W. Bushs unter dem Stichwort des „compassionate conservatism“ bewerten oder für wie zynisch man die Bush-Regierung halten mag, der hypothetische „real George W. Bush“, den wir nicht kennengelernt haben, brachte in seiner politischen Vision zwei Elemente zusammen, die vereinigend wirken – und nicht spaltend. Da ist zunächst das Ziel

der Armutsbekämpfung an sich und die Rolle des Staates, die man als eine Abkehr von Goldwater verstehen kann – und damit als einen moderat konservativen Kurs. Bush vertrat offen auch die Ansicht, dass der Staat die Verantwortung für die Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen mittrage – insbesondere im Hinblick auf das Erbe der Sklaverei. Bei aller Stärkung der Individualisierung und Lokalisierung der Maßnahmen zur Armutsbekämpfung sah Bush die Armut unter Schwarzen Amerikanern nicht als Schuld des Individuums an, sondern sah beim Staat die Aufgabe, den einzelnen in die Lage zu versetzen, für sich selbst zu sorgen. George W. Bushs Vision war kein groß angelegter Wohlfahrtsstaat, aber er sah das Heil auch nicht im „limited government“, einer begrenzten Einmischung der Regierung. Insofern hätte „the real George W. Bush“ eine breite, konservative, moderate Mehrheit hinter sich vereinen können. Mit anderen Worten: George W. Bush ist mit einem Programm angetreten, das nicht auf die Polarisierung der Gesellschaft zielte, das nicht das Ziel hatte, den Staat und insbesondere den Wohlfahrtsstaat abzuschaffen, das nicht für einen grenzenlosen Individualismus, sondern auch für die Bedeutung staatlicher Regulierung stand. „The real George W. Bush“ hätte – ohne den 11. September und vielleicht ohne den Mangel an politischer Kompetenz, der Bush abhängig von Beratern wie den „Vulcans“ machte – diese Politik um- und fortsetzen können.

Zweitens lässt sich – auch wenn sich dies zunächst paradox anhört – in Bushs Betonung der Bedeutung von Religion und Spiritualität ein Schritt hin zu einem erneuerten, postmodernen Konservatismus für das 21. Jahrhundert diagnostizieren. Kevin Mattson hat den Aufstieg eines „postmodern conservatism“ beschrieben, der von der christlich-konservativen Bewegung der Theocons der 1990er Jahre zur totalen epistemologischen Fragmentierung der amerikanischen Gesellschaft unter Trump führt, in der man sich nicht nur nicht mehr auf politische Ziele und politische Instrumente, sondern schon gar nicht mehr auf grundlegende Fakten einigen kann – und „alternative facts“ Diskurs und Politik bestimmen.⁹ Mattson spricht von einem postmodernen Konservatismus, da der Konservatismus bis in die 1970er stark rational argumentierte, dann aber von der Infragestellung von Rationalismus und Objektivität im Sinne der Aufklärung – ein Projekt der intellektuellen Linken – ideologisch mitgerissen wurde. Plakativ gesagt wurde das, was der Linken die Subjektivität unterschiedlicher Identitätspositionen war, den Konservativen eine Hinwendung zur Irrationalität und Subjektivität religiöser Empfindung. Es entwickelte sich auf der Rechten in Folge eines postmodernen Skeptizismus in Bezug auf Rationalität als einzige Handlungsgrundlage eine kuriose ideologische Gemengelage, die individuelle, absolute Glaubenssätze mit einer relativistischen Grundhaltung verband. Wie Mattson argumentiert, bereitete

⁹ Mattson 2008.

diese Gemengelage den Boden für konservative Stimmungsmacher wie Ann Coulter und Michael Savage, die ähnlich wie die Tea Party eine Politik der verbalen Aggression und der Spaltung der politischen Parteienlandschaft vorantrieben – und Trump den Weg ebneten. „The real George W. Bush“ hätte in meiner Spekulation für einen postmodernen Konservatismus stehen können, der einerseits ernst nimmt, dass sich weite Teile der amerikanischen Bevölkerung mit einer Religion identifizieren und dass der Säkularismus insbesondere weißer Amerikaner an der West- und Ostküste einen großen Teil der Bevölkerung ausschließt. Während Bush persönlich das Bild eines tief gläubigen Christen vermittelte, mit dem er auch bei evangelikalen Wählern punktete, verband er dies jedoch gleichzeitig mit einem Moment postmodernen Relativismus⁴, der es ihm erlaubte, diese Gläubigkeit und den Wert gelebter Spiritualität – insbesondere für das Gemeinwesen – auch allen anderen Religionsgemeinschaften einzuräumen und damit religiösen Pluralismus zu propagieren.

So fremd aus europäischer Perspektive US-amerikanische Religiosität wirken mag, so sehr man geradezu affektiv den messianischen Gestus oder auch denjenigen individualisierter Innerlichkeit ablehnen mag, so sehr sind diese doch Teil der amerikanischen Wirklichkeit. Diese in Einklang zu bringen mit den Anforderungen des 21. Jahrhunderts und dabei eine Mehrzahl der konservativen Amerikaner mitzunehmen – das, so hätte ich gehofft, hätte „the real George W. Bush“ vermocht.

References

- Ackerman, Spencer (2021): *Reign of Terror: How the 9/11 Era Destabilized America and Produced Trump*. New York: Viking.
- Bush, George W. (2000): „Foreword“. In: Marvin Olasky: *Compassionate Conservatism: What It Is, What It Does, and How It Can Transform America*. New York: The Free Press, xi–xiii.
- Bush, George W. (2001): *President George W. Bush's Inaugural Address*. <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/inaugural-address.html> (30.06.2022).
- Chait, Jonathan The New York Intelligencer (2013): *Yes, George W. Bush Was a Terrible President, and No, He Wasn't Smart*. <https://nymag.com/intelligencer/2013/04/bush-terrible-president-also-not-a-smart-man.html> (30.06.2022).
- Daub, Adrian DIE ZEIT (2021): *Tom Hanks und die Macht des Vergessens*. https://www.zeit.de/kultur/2021-01/inaugural-concert-inauguration-amtseinfuehrung-joe-biden-tom-hanks?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F (30.06.2022).
- Gassert, Philipp (2021): *11. September 2001. 100 Seiten*. Stuttgart: Reclam.
- Mann, James (2004): *Rise of the Vulcans: A History of Bush's War Cabinet*. New York: Penguin.
- Mattson, Kevin (2008): „The Rise of Postmodern Conservatism“. In: *American Thought and Culture in the 21st Century*. Hrsg. von Martin Halliwell und Catherine Morley. Edinburgh: Edinburgh University Press, 81–96.

Olasky, Marvin (2000): *Compassionate Conservatism: What It Is, What It Does, and How It Can Transform America*. New York: The Free Press.

Steffens, Frauke FAZ (2021): *Plötzlich sieht George W. Bush gut aus*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/von-trump-zu-biden/positionierung-gegen-trump-viel-lob-fuer-george-w-bush-17151677.html> (30.06.2022).